

LUXEMBURG STADT

Die "widernatürliche" Koalition



Ohne Vorbelastung und ohne Konkurrenz im Rücken: Für die Grünen in der Hauptstadt fängt die Arbeit nach den Wahlen erst richtig an.

(ergué/tf) - "Die Wählerinnen und Wähler haben es so gewollt. Jetzt müssen wir ohne Angstgefühle in die Koalitionsverhandlungen gehen. Das von der DP unterbreitete Angebot ist äußerst fair." Carlo Back, Leiter der Strahlenschutzabteilung im Gesundheitsministerium, stellt sich auf arbeitsreiche Wochen ein. Er ist einer der drei neuen grünen Gemeinderäte in der Hauptstadt, und als solcher Mitglied der Verhandlungsdelegation, die die künftige blau-grüne Koalition auf dem Knuedler aushandeln soll.

Auch wenn die Euphorie über den Wahlsieg vom letzten Sonntag noch überwiegt, so ist der grüne Aktivist sich bewusst, dass die Aufgabe nicht ganz einfach sein wird.

"Die DP hat vorgeschlagen, uns erst einmal in die wichtigen Dossiers der Stadt Einblick zu gewähren", erklärt Carlo Back gegenüber der woxx. Am heutigen Freitag gehen die Verhandlungsdelegationen deshalb in Klausur und lassen sich den ganzen Tag lang von den Dienststellenleitern die anstehenden Fragen erläutern.

Auch Carlo de Toffoli, der die Grünen bislang in der Finanzkommission der Stadt Luxemburg vertrat, rückt demnächst in den Gemeinderat vor. "Die Situation ist spannend und interessant. Wir gehen ohne Argwohn in die Verhandlungen", meint der Wirtschaftsprofessor, der ahnt was auf ihn zukommt: "Allein die Aufstellung des Budgets in der Hauptstadt ist ein harter Brocken." Das Informationsdefizit, das die Grünen besäßen, sei nicht in zwei oder drei Wochen auszugleichen. "Damit muss man leben, wenn man jung und neu ist", so de Toffoli. Schneller als sie sich das erträumt hat, heißt es jetzt für die grüne Stadtsektion, sich mit einem scheinbar übermächtigen Partner an den Tisch zu setzen.

Dass es soweit kommen konnte, hat mit drei Faktoren zu tun: Da wäre einmal das Wahlergebnis der Grünen, die sich im Vergleich zu 1999 stimmenmäßig auf 17,33 % quasi verdoppelt haben und somit drittstärkste Partei in Luxemburg-Stadt wurden. Zum anderen hat der interne Machtkampf in der DP insofern zu einer Klärung geführt, als die langjährige Bürgermeisterin Lydie Polfer kein Comeback feiern konnte, und ihr Kontrahent Paul Helming in seiner Position gestärkt wurde. Eine Koalition mit einer Polfer-DP wäre für die Grünen wohl kaum in Frage gekommen, würde diese doch 18 Jahre Stagnation in Sachen Stadtentwicklung symbolisieren. Das definitive Aus der bisher bestehenden blau-schwarzen Koalition geht aber eindeutig auf die Kappe der CSV: Ihr enttäuschendes Wahlergebnis und die (vor?)schnelle Aussage, in die Opposition gehen zu wollen, lassen der DP und den Grünen faktisch keine andere Wahl: Helminger-Mosar wird von Helminger-Bausch abgelöst.

Keiner will die CSV

Überraschend schnell war bei der CSV die Entscheidungsfindung: knapp zwölf Stunden nach der Mitteilung der DP, prioritär mit den Grünen zu verhandeln, trommelte CSV-Spitzenkandidat Laurent Mosar, umgeben von den CSV-GemeinderatskollegInnen, die Presse zusammen und setzte der 36-jährigen CSV-Mitverantwortung in der Gemeinde Luxemburg ein jähes Ende. Er freue sich auf seinen neuen Job als "knallharter" Oppositionsführer und versprach "animiertere" Gemeinderatsitzungen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Im CSV-Umfeld gibt es nicht wenige Stimmen, die das als Fehler bezeichnen.

Die Parteisektion traf sich erst am Donnerstag Abend und konnte demnach nur noch gute Miene zum bösen Spiel machen. Martine Stein-Mergen, bisher CSV-Schöffin, stellt sich hinter ihren Spitzenkandidaten: "Wir haben drei Jahrzehnte lang den Juniorpartner abgegeben und auch diesmal davon nicht profitieren können. Die Zusammenarbeit war immer sehr zufrieden stellend, und wir haben als CSV unseren Beitrag geleistet, trotzdem konnten wir unser schlechtes Resultat von 1999 nicht verbessern. Der Gang in die Opposition erlaubt es uns, unserer Politik mehr Profil zu verleihen", so die Schul-Schöffin, die keinen Hehl daraus macht, dass sie ihre Arbeit gern fortgeführt hätte.

Informationen, wonach die Stimmung in der alten Koalition bereits längere Zeit auf dem Nullpunkt war, widerspricht Stein-Mergen. Der Umgang sei stets kollegial gewesen, nur die Wort-Affäre zwei Tage vor dem Urnengang habe erkennen lassen, dass die DP mit unfairen Tricks versucht habe, der CSV eine Rufmordkampagne in die Schuhe zu schieben. Drei Prozent Stimmen und somit einen Sitz soll die vom Wort kolportierte Information, Lydie Polfer strebe einen Sitz im Staatsrat an, die Partei gekostet haben.

Für die Luxemburger DP bedeuten die Verhandlungen mit den Grünen ebenfalls Neuland. Dass sich die Sektion einstimmig für Verhandlungen mit den Grünen ausgesprochen hat, erklärt Anne Brasseur, ehemalige Erziehungsministerin und altgediente Stadtschöffin, durch das Wahlergebnis: "Der Wählerwille muss von den Parteien respektiert werden. Die DP ist am stärksten aus den Wahlen hervorgegangen, die Partei, die von zwei auf fünf Mandate zugelegt hat, sind die Grünen." Brasseur verspricht sich dadurch auch einen neuen Schwung für ihre eigene Partei. "Ich finde es für die DP sehr wichtig, einen anderen Diskussionspartner zu haben. Natürlich haben wir vorher das Programm der Grünen gelesen. Hätten wir mehrere Punkte gefunden, in denen wir uns nicht einig sind, hätten wir die Debatte gar nicht angefangen."

Größere Probleme bei den Verhandlungen dürfte es laut Brasseur kaum geben: "Ein wichtiges Element ist die Aussage der Grünen, dass sie den Stadtentwicklungsplan ganz unterschreiben werden. Das ist eine gute Basis für eine Schöfferratserklärung und für ein Programm der nächsten sechs Jahre."

Ideologische Hürden sieht die DP demnach nicht. Für Xavier Bettel, potentieller Anwärter auf einen Schöffensposten, ist klar: "Die grüne Partei von heute ist eine Partei, mit der man reden kann. Seit ich im Parlament bin, habe ich den Eindruck, dass die Grü-

nen eine sehr kohärente Politik machen, keine Trotzpolitik." Eine Einschätzung, die seine Parteikollegin Brasseur teilt: "Die Grünen haben in den vergangenen Jahren eine Wende vom Fundamentalismus zum Realismus gemacht. Vor ein paar Jahren, als das Auto als Feindbild dargestellt wurde, hätte ich mir nicht vorstellen können, mit den Grünen gemeinsam Politik zu machen."

Leitlinien statt Programm

Bleibt die Frage, ob es nicht doch programmatische Unterschiede gibt, die ein Zusammengehen der beiden Parteien unmöglich machen. Ein eigentliches Wahlprogramm gibt es weder bei den Grünen noch bei der DP. Der DP-Wahlkampf war eher auf eine Bilanzierung der letzten Jahre ausgerichtet. Der liberale Forderungskatalog fiel somit etwas bescheiden aus.

Die Grünen präsentierten eine allgemeine politische Erklärung in zehn Punkten, die die Hauptachsen grüner Politik in der Hauptstadt aufzeigen. "Es ging uns nicht darum, jede einzelne Fahrradpiste, die wir in der Stadt einrichten wollen, auf den Meter genau einzutragen. Was wir wollen, ist ein Konzept, das Radfahren in der Stadt flächendeckend sicher und attraktiv macht", erklärt Viviane Loschetter, Zweitgewählte der grünen Liste. Im Gegensatz zu kleineren Gemeinden sei es in der Hauptstadt nicht möglich, ein detailliertes Programm vorzulegen. Ziel sei es, mit diesen programmatischen Vorgaben in Verhandlungen zu treten und mit der DP die großen Dossiers eins nach dem anderen durchzugehen.

Dass es sich bei Blau-Grün um eine "widernatürliche" Koalition handelt, wie es der CSV-Spitzenkandidat Laurent Mosar darstellt, will Loschetter nicht gelten lassen. "In Sachen Verkehr geht es darum, die verschiedenen Teilnehmer gleichberechtigt nebeneinander existieren zu lassen und nicht nur an die Autos zu denken. Diese Diskussion wird im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes geführt, dem sich auch eine DP verschrieben hat", meint die grüne Stadträtin.

Auch in punkto Tram scheint das Konfliktpotential auf beiden Seiten eher klein eingeschätzt zu werden. Paul Helminger hat vor Monaten zusammen mit dem Transportminister eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche die Machbarkeit eines schienengebundenen Systems durch die Hauptstadt analysieren soll. "Wir streiten uns nicht mit der DP, ob die Tram auf oder neben der Adolphe-Brücke verkehren soll. Die Sache scheint aber auch bei der DP soweit gediehen zu sein, als akzeptiert wird, dass es eine Verbindung durch die Stadt geben wird

und diese oberirdisch verläuft", so Loschetter weiter. Die Zeiten haben sich geändert: Als die Grünen 1999 offensiv für das BTB-Projekt eintraten, mussten sie eine Wahlschlappe hinnehmen. Die DP, die mit dem Slogan "keng Schinn duerch d'Stad" antrat, gewann die Wahlen haushoch und das BTB-Projekt galt als definitiv begraben. Doch der Verkehrskollaps blieb nicht aus und mittlerweile findet das Tramkonzept auch Anhänger in der "Autopartei"-DP.

Sogar die Umweltgewerkschaft "Mouvement Ecologique", sieht das Tramkonzept bereits als gesichert an. "Jetzt ist wichtig, dass im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit die Randgemeinden der Stadt in die Planungen einbezogen werden", so die Méco-Vorsitzende Blanche Weber.

Nach ihrem Wunschkatalog an die neue Koalition gefragt, streicht Weber vor allem die kaum vorhandene demokratische Partizipation in der Gemeinde Luxemburg an. Der Stadtentwicklungsplan mit seinen Aufklärungsversammlungen sei zwar ein richtiger und wichtiger Ansatz, reiche aber nicht aus. Wohnungsbau und Stadtentwicklung lägen im Argen, das habe selbst der Premierminister anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation in dieser Woche feststellen müssen.

Mehr Bürgernähe und Partizipation wünscht sich auch der Vorsitzende der Ausländerorganisation Asti, Serge Kollwelter: "Die Grünen haben Vorschläge in die Debatte eingebracht, die wir voll unterstützen und von denen wir hoffen, dass sie mit Nachdruck ausgeführt werden." Er erwähnt dabei unter anderem eine Bestandsaufnahme der Schulsituation in den verschiedenen Stadtvierteln mit unterschiedlichen Ausländeranteilen. Die Vorgängerkoalition habe sehr viel in die Infrastruktur investiert, etwa was die Tagesbetreuung der SchülerInnen anbelange. Doch sei es wichtig, jetzt einen inhaltlichen Zusammenschluss zwischen Schule und Betreuung zu schaffen.

In punkto Ausländerbeteiligung am öffentlichen Leben stellt Kollwelter den aktiven Politikern ein Armutszeugnis aus: Die Ausländerkommission sei eine Art Geheimgremium, von dem keiner wisse, dass es existiert. Auch hier richten sich seine Erwartungen an die Grünen, für mehr Öffentlichkeit zu sorgen.

In den Bereichen Sozial-, Jugend- und Drogenpolitik werden die Erwartungen an Blau-Grün ebenfalls hoch gesteckt. "Wir werden uns parallel zu den Koalitionsverhandlungen von Expertinnen und Experten beraten lassen", erklärt Viviane Loschetter, die sich trotz der großen Last, die auf den Grünen ruht, zuversichtlich gibt. "Die DP war sogar bereit, unsere Sitzungstermine so festzulegen, dass unsere nicht-hauptamtlichen Delegationsmitglieder teilnehmen können." Eine Deadline wurde bewusst nicht festgelegt. Über Posten und Aufgabenverteilung wird erst am Ende der Verhandlungen geredet.